

Erschließung der Infrastruktur in Sarawak

Die Bundes- und die Provinzregierung unternehmen derzeit starke Anstrengungen infrastrukturelle Erschließungsmaßnahmen in Sarawak voran zu treiben. Die vor allem den Straßenbau, aber auch die Wasserversorgung betreffenden Projekte erfordern staatliche Investitionen in Millionenhöhe.

So unterzeichnete die Regierung Sarawaks einen Vertrag über 581 Millionen Ringgit mit dem Unternehmen PPES Works (Sarawak) Sdn Bhd. zum Zweck des Baus einer 187 Kilometer langen Küstenstraße von Tanjung Kidurong über Suai nach Bakam. Bei der Vorstellung dieses Vorhabens sagte der für Sarawak zuständige Minister für Infrastrukturelle Entwicklung und Kommunikation, Wong Soon Koh, dass eine dringende Notwendigkeit bestehe in Zukunft auch die Städte Limbang und Lawas in Sarawaks nördlichster Region an das Straßennetz anzubinden. Noch sei diese Straße kein Teil des achten Malaysiaplans, sie sollte aber in den abschließenden Plan aufgenommen werden, so Wong

Soon Koh, welcher weiterhin deutlich machte, dass die Straße um Brunei Darussalam herumführen müsse. Als Grund führte er an, dass Brunei genau zwischen Sarawak und Sabah liege und derzeitige Limbang- oder Lawasreisende entweder von Miri oder Labuan zu ihrem Zielort fliegen oder Brunei durchqueren müssen, eine innermalaysische direkte Verbindung bisher aber nicht bestehe.

PPES Works hat auch die Federführung bei weiteren, bereits laufenden Straßenbauprojekten. Im September 2001 begann die Firma mit dem Bau eines Küstenstraßenstückes von Sematan im Süden Sarawaks nach Bakam und Miri im Norden. Der zeitliche Rahmen sieht eine Fertigstellung innerhalb von 48 Monaten vor. Parallel arbeitet PPES Works noch an anderen Küstenstraßenabschnitten, deren Bauende in 36 Monaten vorgesehen ist.

Von der Bundesregierung durch einen Entwicklungsfond finanzierte Wasserversorgungsprojekte in der Region Kapit sind zu etwa 30 Prozent abgeschlossen, so Amtsarzt

Dr. Peter Lee Fuei Siong. Etwa 1,2 Millionen Ringgit wurden von ihr, unter Auflage der Fertigstellung bis Ende des Jahres 2001, für ländliche Wasserversorgungsprojekte bereitgestellt. Da viele Langhäuser schon über eine Wasserversorgung durch Hangwasserzuleitung verfügen, wurde der Schwerpunkt der Projekte auf den Ersatz von schon vorhandenen Rohrleitungen insbesondere bei neugebauten Langhäusern gelegt. Jedes dieser praktizierten Bewässerungsprojekte kostet zwischen 15.000 und 20.000 Ringgit.

Im Verwaltungsbezirk Saratok verpflichtete sich die Regierung zu Ausgleichszahlungen in Höhe von 4,7 Millionen Ringgit an 713 im Rahmen von Entwicklungsprojekten enteignete Landbesitzer. Die Landflächen wurden für die Anbindung einer Torfübergabestation an das Straßennetz, sowie für den Bau eines 37,5 Kilometer langen Drainage- und Bewässerungssystems benötigt.

vgl. *Sarawak Tribune*, 18.11.2001

nachrichten

Beziehungen zu Marokko

Malaysia und Marokko unterzeichneten am 13. November 2001 in Malaysia drei Übereinkommen, in welchen sie sich zu einer stärkeren bilateralen Kooperation in wirtschaftlichen, technischen und kulturwissenschaftlichen Fragen verpflichten. Weiterhin kamen sie überein, den zwischenstaatlichen Handel auszubauen. Derzeitig verzeichnet Malaysia im Marokkohandel einen Handelsüberschuss von 86 Millionen Ringgit.

vgl. *malaysiakini*, 13.11.2001

Stimmungslage zu Terrorismus und Afghanistan

Premierminister Mohamad Mahathir und vielen anderen Malaysiern erscheint der Krieg der USA gegen den Terrorismus immer mehr wie ein Krieg gegen Muslime. Grund zu der Annahme gebe der Tatbestand, dass nur muslimische Terroristen verfolgt würden, so Mahathir. Diesem Eindruck könne nur entgegengewirkt werden, indem gegen alle Terroristen, auch solche, die Muslime bedrohen und töten, vorgegangen werde. In Malaysia herrscht auch Verwunderung darüber, dass die Täter der Milzbrandanschläge, hinter denen Mahathir und andere islamische Staatschefs Christen vermuten, immer noch nicht überführt sind, während die Ermittlung der — islamischen — Flugzeugattentäter nicht lange auf sich warten ließ. Darüber hinaus kritisierte der

malaysische Premier, dass die USA in Afghanistan Bomben auf unschuldige Zivilisten wüfeln und über weitere Angriffe auf andere islamische Staaten wie den Irak oder den Sudan debattierten, während die Bush-Administration den Verhandlungen im Nahost-Konflikt, welcher nach Mahathirs Ansicht Ursache für den Terror ist, fortwährend nahezu keine Beachtung schenkte.

Außerdem betonte der Staatschef, dass die Schläge auf Afghanistan nicht zu einer Schwächung des Terrorismus führten, sondern den Hass und die Verzweiflung der Muslime nur verstärken, und damit den Terrorismus letztlich fördern würden. Auch die neue Visapflicht der USA für Einreisende aus größtenteils muslimischen Staaten trifft in Malaysia auf Wut, Empörung und

Unverständnis. Viele Malaysier halten diese Verschärfung für eine Reaktion der USA auf die geäußerte Kritik Malaysias an den Bombardements auf Afghanistan. Der malaysische Außenminister Syed Hamid Abbar teilte nach einer zweitägigen innermalaysischen Konferenz zum Terrorismus am 18. November 2001 mit, dass der Beschluss sich seiner Ansicht nach gegen islamische Staaten richte und dass er hoffe, dass die USA — wichtiger malaysischer Haupthandelspartner — diese Regelung noch einmal überdächten, da sie letztendlich zu negativen Begleiterscheinungen führe.

vgl. *malaysiakini*, 16.11.2001; *The Straits Times*, 19.11.2001

Umweltbelastung durch Pestizide

Illegale höchst giftige Pestizide wie Methomyl und Oxamyl im Wert von 19 Millionen Ringgit sind dieses Jahr aus den Nachbarstaaten, hauptsächlich aus Thailand, nach Malaysia geschmuggelt worden. Die giftigen Stoffe werden, unwissend ihrer toxischen Wirkung, von Farmern weiterverbreitet, die für den lokalen Markt produzieren. Der Generaldirektor der Landwirtschaftsbehörde Dr. Zulkifli Kamaruzzaman, beschreibt die Situation als ernst. Die Gifte gelangen durch die Anwendung in Böden sowie Grund- und Fließgewässer und können beim Menschen zu Herzrhythmusstörungen, Reaktionsbeeinträchtigungen, Sehstörungen, Muskelkrämpfen und anderen Beschwerden führen.

vgl. *New Straits Times*, 19.11.2001

nachrichten

Bekämpfung des Terrorismus in der Region

Obwohl Malaysia — bei allem Bedauern über die Opfer des Terroranschlages vom 11. September 2001 in New York — im Gegensatz zu Singapur, das den USA seine uneingeschränkte Solidarität ausgedrückt hat, die Militärschläge gegen Afghanistan für unangebracht und dem Terrorismus förderlich hält, sind sich beide Staaten im Kampf gegen den Terrorismus der Region einig geworden.

Der Premierminister Singapurs Goh Chok Tong und der stellvertretende Premierminister Malaysias Abdullah Badawi haben sich am 10. November 2001 über eine enge Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung und über einen umfassenden Wissensaustausch verständigt, um die terroristischen Zellen in der Region zu zerschlagen.

Auch Premierminister Mahathir Mohamad unterstrich am gleichen Tag noch einmal, dass die Regierung gegen die islamischen Extremisten im eigenen Land scharf vorgehen werde, um keine Verhältnisse wie in Afghanistan erwachsen zu lassen, denn in Malaysia solle, so Mahathir, niemand so unterdrückt und schikaniert werden wie die Menschen dort.

vgl. *malaysiakini*, 11.11.2001

Illegale Einwanderer und Gastarbeiter

Über den Vorwurf des indonesischen Arbeits- und Transmigrationsministers Jakob Nuwa, der mit seiner Aussage, malaysische Unternehmer bevorzugten illegale Arbeitskräfte aus Gründen der Kostenersparnis und würden daher als Pullfaktor für den Zuzug betreffender Personen fungieren, eine Diskussion in Malaysia ausgelöst hat, empörte sich der Verwaltungsdirektor des malaysischen Arbeitgeberverbandes (MEF) Shamsuddin Bardan am 16. November 2001 stark. Er sagte, dass er sich der großen Zahl illegaler Arbeiter in Malaysia bewusst sei, dass aber die meisten von ihnen nicht im formellen Sektor, sondern im informellen Sektor organisiert und beschäftigt seien. Malaysische Arbeitgeber haben im Falle der Beschäftigung illegaler Einwanderer mit Geldstrafen von 10.000 Ringgit oder fünf Jahren Gefängnis zu rechnen, so Shamsuddin. Auch hält er eine Verschlimmerung der Lage durch die gegenwärtig schlechte Wirtschaftslage und damit einhergehenden Entlassungen legaler Gastarbeiter ebenfalls für ausgeschlossen, da malaysische Arbeitgeber bei der Beschäftigung von Gastarbeitern pflichtgebunden sind, diese, wenn ihre Dienstleistungen nicht mehr nachgefragt wer-

den, in ihr Heimatland zurückzuschicken. Ganz anderer Meinung ist hingegen der Generalsekretär des malaysischen Gewerkschaftskongresses (MTUC) S Rajasekaran, welcher die Aussage des indonesischen Ministers bestätigt. Jedoch trägt nach seiner Ansicht Indonesien eine erhebliche Mitschuld, da der Staat nur sehr ungenügende Kontrollmechanismen für eigene in anderen Ländern arbeitssuchende Staatsangehörige hat. Rajasekaran spricht sich dafür aus, das Problem der Beschäftigung illegaler Zuwanderer auf beidseitiger Regierungsebene zu behandeln und fordert die malaysische Regierung dazu auf, dem Zustrom von illegalen Einwanderern einen Riegel vorzuschieben, sowie keine Gastarbeiter bzw. Saisonarbeiter mehr zuzulassen. Bisher erlaubt die malaysische Regierung fremden Arbeitskräften in saisonabhängigen Arbeitszweigen wie Landwirtschaft und Bauwesen ein Auskommen zu finden. Aus Kreisen des Arbeitsministeriums verlautbarte, dass zwischen 600.000 und 700.000 Gastarbeiter im Land beschäftigt sind, und die Zahl der sich unerlaubt in Malaysia aufhaltenden Arbeiter um ein Vielfaches höher ist.

Einige Gewerkschaftler sind gegen die von ihrem General-

sekretär präferierte Vorgehensweise und begründen dies damit, dass die Gehälter in diesen Arbeitszweigen nicht attraktiv für Malaysier sind. Rajasekaran und seine Anhänger sehen die Ursache für den Lohnverfall jedoch gerade in dem Zustrom von Gast- und Saisonarbeitern. Auch der Verwaltungsdirektor des Malaysischen Instituts für Wirtschaftsforschung (MIER) Dr Mohamed Ariff vertrat am 17. Juli 2001 auf dem alljährlichen Wirtschaftskongress in Kuala Lumpur die Ansicht, dass die Gastarbeiterpolitik der malaysischen Regierung falsch sei, wobei er seine Meinung mit etwas anderen Argumenten als S Rajasekaran unterlegte. Als Wirtschaftswissenschaftler führte er sowohl die Steigerung der sozialen Kosten als auch einen seit dem verstärkten Rückgriff auf ausländische Arbeitnehmer zu beobachtenden Produktivitätsabfall in den betroffenen Arbeitszweigen an. Letzteren begründete er damit, dass die im Verhältnis zu den kostenintensiven Mechanisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen geringen Lohnkosten die Arbeitgeber daran hinderten, auf die Zukunft ausgerichtete Investitionen zu tätigen.

vgl. *malaysiakini*, 16.11.2001;
17.07.2001

Umsiedlung der Orang Asli

Mit der Schlüsselübergabe durch Premierminister Dr. Mahathir Mohamad für ihre neuen Bungalows begann in den Wäldern um Bukit Lanjan für die dort bisher weitgehend traditionell lebenden Orang Asli eine neue Zeitrechnung.

Die Bewohner des 147 Haushalte zählenden Dorfes haben nun, seit dem 16.11.2001, die Wahl, ihre kulturspezifischen Langhäuser entweder gegen eingeschossige Vierraumbungalows oder sich im nahen Sungai Buloh befindende zweistöckige Mietwohnungen einzutauschen. Die neue Gemeinde Bukit Lanjan, deren Häuser demnächst bezugsfertig sind, umfasst 18 Hektar — insgesamt nehmen die neuen Dörfer der Orang Asli eine Fläche von

323 ha ein. Jede Familie bekommt neben einer neuen Unterkunft eine Entschädigung von 300 Ringgit sowie einen monatlichen Zuschuss zu den Lebenshaltungskosten in Höhe von 500 Ringgit. Die Staatsregierung hat rund 70 Mio. Ringgit für den Häuserbau und Aufbau weiterer kommunaler Einrichtungen bereit gestellt. Davon sind 7,9 Mio. in einem Fonds zur Ausbildung der Kinder festgelegt. Zeuge der Anstrengungen im Bildungsreich ist die schon seit 1999 bestehende Grundschule in Bukit Lanjan, zu der im nächsten Jahr noch ein Kindergarten sowie ein Museum und eine Mehrzweckhalle hinzukommen sollen.

Die von offizieller Seite zu vernehmenden Verlautbarun-

gen, dass die Betroffenen die Umsiedlung als positiv bewerten und sich auf ihr neues Zuhause freuen, stützen sich auf die Hoffnung der Orang Asli, dort moderner — der nahegelegene Ort Bandar Utama vereinfacht unter anderem das Einkaufen — und gleichzeitig ihren Traditionen entsprechend leben zu können. Der Schutz und die Achtung der Natur sind ebenso wie eigene Formen von Musik, Tanz und Sprache Ausdruck ihrer Kultur. Der traditionelle Temuan Dialekt soll lebendig bleiben und daher sowohl den eigenen Kindern als auch nicht zur Ethnie der Orang Asli gehörenden Schulkindern in Bukit Lanjan gelehrt werden.

vgl. *New Straits Times*, 17.11.2001